

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Ersteinst Werktags

Telephon Nr. 4)

Bezugspreis monatlich 30 Bfg. Durch die Post im Reichsdruckvertrieb 2.15 Mk. in Württemberg 2.20 Mk. vierteljährlich, dazu Postgeb. 30 Bfg.

Anzeigen 12 Bfg., von auswärts 15 Bfg., die Garmondzeile über deren Raum. Reklame 25 Bfg., die Zeitzelle. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bfg.



42

Dienstag, den 18. Februar 1919

36. Jahrgang.

Der Waffenstillstand unterzeichnet.

Die Reichsregierung hat an den Reichsminister Erzberger, Waffenstillstandskommission, in Trier, folgende Mitteilung gelangen lassen:

Bitte Abkommen unterzeichnen, aber vorher Marschall Foch folgende schriftliche Erklärung übergeben: Die deutsche Regierung ist sich der Schwere der Folgen bewusst, die sowohl die Annahme wie die Ablehnung des Abkommens nach sich ziehen müßte. Wenn sie ihre Delegierten angewiesen hat, zu unterzeichnen, so geschieht dies in der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen mit Ernst bestrebt sind, innerhalb der kurzen Frist, für die sie den Waffenstillstand verlängert haben, der Welt den ersuchten Frieden wieder zu geben. Die deutsche Regierung ist aber genötigt, ihren Standpunkt zu den drei Bedingungen des Abkommens durch folgende Bemerkungen klar zu stellen:

1. Das Abkommen ignoriert die aus dem Volkswillen in geordneten Formen hervorgegangene deutsche Regierung. Es legt den Deutschen in Form scharfer Befehle und Verbote zugunsten der ausländischen Polen die Pflicht auf, eine Anzahl wichtiger Plätze, darunter Birnbaum und Bentschen, ohne weiteres zu räumen. Diese Plätze sind in deutscher Hand, überwiegend deutsch besiedelt und von wesentlicher Bedeutung für den Verkehr mit dem deutschen Osten. Dabei leisten die alliierten und assoziierten Mächte nicht einmal Gewähr dafür, daß die Polen es ihrerseits unterlassen, neue Angriffe zu unternehmen oder vorzubereiten, daß sie die deutsche Bevölkerung, auf deren Schutz wir verzichten sollten, menschenwürdig behandeln, daß sie die deutschen Geiseln freigeben, deren Festhaltung jetzt jeden Sinn verliert, und daß sie den bisherigen Lebensmittelverkehr nach dem Westen hin aufrecht erhalten. Wenn wir auch bereit sind, jede militärische Angriffshandlung in Polen und anderen Gebieten einzustellen und die gegenwärtige militärische Lage dort als Grundlage anzuerkennen, so müssen wir doch erwarten, daß auch die ausländischen Polen die Demarkationslinie einhalten. Andernfalls müssen wir befugt sein, uns mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen.

2. Deutschland darf darauf hinweisen, daß es sich bis zur völligen Erschöpfung seiner wirtschaftlichen Kräfte und bis zur Zerrüttung seiner Verkehrsverhältnisse bemüht hat, den Waffenstillstandsbedingungen nachzukommen. Es will auch jetzt versprechen, die Punkte zu erfüllen, in denen ihm die Durchführung bisher nicht gelungen ist. Dabei darf es aber annehmen, daß seine Verpflichtungen nicht in einer Weise ausgelegt werden, die mit den beiderseits anerkannten Grundsätzen des Präzedenzen der Vereinigten Staaten von Amerika unvereinbar ist und den Grundsätzen des Rechtsfriedens im voraus zunichte macht. Ob wir die in Aussicht gestellten Leistungen der alliierten obersten Heeresleitung in vollem Umfange zu befolgen in der Lage sind, müssen wir abwarten.

3. Wenn Deutschland jetzt an Stelle bestimmter Fristen für den Waffenstillstand, die es gestattet, sich auf die Erfüllung der Bedingungen einzurichten, nur eine kurze unbestimmte Frist mit einseitiger dreitägiger Kündigung gewährt wird, die geeignet ist, die Ruhe und Ordnung in Deutschland in hohem Maße zu gefährden, so bedeutet das eine ungerechtfertigte Erschwerung unserer Lage. Wir vermögen die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die alliierten und assoziierten Regierungen es für tunlich halten, unter Verlängerung des Waffenstillstands bis zum Präliminarfrieden in Verhandlungen über die deutschen Gegenvertretungen einzutreten. (Vgl.: Scheidemann.)

Weimar, 17. Febr. Gestern vormittag versammelte sich im Schloß das Kabinett zu einer Sitzung, um zu den neuen Waffenstillstandsbedingungen der Entente Stellung zu nehmen. Die Regierung glaubte nicht allein die Verantwortung übernehmen zu können, daher wurden die Führer der Fraktionen zu der Beratung hinzugezogen. Mit Ausnahme der äußersten Linken und der Deutsch-Nationalen waren alle erschienen.

Trier, 16. Febr. Das Abkommen über die Verlängerung des Waffenstillstands ist heute abend 6.30 Uhr im Salonwagen des Marschalls Foch unterzeichnet worden. Wie bereits gemeldet, enthält der Entwurf des Verlängerungsabkommens nur drei Artikel. Die unterzeichnete Fassung weist folgende Veränderungen auf: Ober-

schlesien, der Regedistrikt und Bromberg fallen westlich der Demarkationslinie und sind daher durch die von den Alliierten übernommene Garantie vor den Einfällen polnischer Banden gesichert. Leider fällt Bier zum östlich der Demarkationslinie. Der Bahnhof Benschchen erhält deutsche Besatzung. Den Schutz der Deutschen östlich der Demarkationslinie übernimmt die interalliierte Kommission in Warschau. Zu Artikel 2, in dem bestimmt ist, daß die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens auf kurze Zeit erfolgt, fragte der Reichsminister Erzberger, warum kurze Frist vorgeschlagen sei und ob dieser Vorschlag etwa mit der Möglichkeit eines baldigen Vorfriedens im Zusammenhang stehe. Marschall Foch sagte: Ich vermute es. Marschall Foch fragte, warum unsere Handelsschiffe zur Lebensmittelversorgung noch nicht auslaufen. Erzberger betonte, die drei wirtschaftlichen Abkommen über Abgabe der Schiffe, Lieferung der Lebensmittel und deren Bezahlung seien ein einheitliches und untrennbares Ganze. Marschall Foch stimmte dieser Auffassung zu.

Neues vom Tage.

Veränderungen der Reichsverfassung.

Berlin, 17. Febr. Wie das „Tageblatt“ meldet, soll der Entwurf der Reichsverfassung in erster Linie in der Richtung abgeändert werden, daß der Staatenauschluß (bisher Bundesrat) ein ausübendes Einspruchsrecht gegenüber Beschlüssen des Reichstags haben soll. Er wird Beschlüsse oder Gesetze des Reichstags nur dann er nicht einverstanden ist, zurückweisen können. Wer in dessen der Reichstag mit einer Zweidrittel-Mehrheit seinen ursprünglichen Beschluß bestätigt, dann muß das Gesetz als endgültig angenommen betrachtet werden. Allerdings hat der Reichspräsident die Möglichkeit, nach eigenem Ermessen eine Volksabstimmung über einen derartigen Beschluß herbeizuführen. Ferner soll die Stimmzahl Preussens im Staatenauschluß auf ein Drittel der gesamten Stimmen beschränkt werden. Die kleinen Bundesstaaten müssen sich mit ihren Nachbarländern innerhalb drei Jahren zu Einheitsstaaten zusammenschließen, die mindestens eine Million Einwohner umfassen, andernfalls erhalten sie keine Stimme im Reichsrat. Wenn die Verhandlungen der

Ein Deutscher

Von Otto Nuppius.

„Dr. Hostell, der Patentmediziner-Mann?“ lachte eine Stimme.

„Derjelbe,“ fuhr Johnson fort, „er wird mit einem noch nicht dagewesenen Glanze Breche in unsere aristokratischen Kreise schicken und sich den Eintritt in die gute Gesellschaft erzwingen; es wird so viel Erstaunliches von dem, was er bieten will, berichtet, daß die Neugierde unsere Laster nicht ruhen lassen wird.“

Margaret hob den Kopf, als sei ihr die Gelegenheit willkommen, ihre bisherige Stellung aufzugeben, und ein Schein von Lächeln ging über ihr Gesicht.

„Bill macht Unsin!“ rief Johns Stimme vom unteren Ende der Tafel herauf, „Hostell hat Geld gemacht, bleibt aber immer der Patentmediziner-Mann und nichts weiter.“

„Warum, Sir?“ rief Johnson, „wir leben in einem Lande, in dem nichts unmöglich ist. Heute ist einer Porter und hat morgen in der besten Gesellschaft Zutritt, heute schlägt Hostell seine letzte Saffaravilla-Miste zu und empfängt morgen, vom Geschäft zurückgezogen, die Leute aus der fünften Avenue!“

Ein einziger Blick des Sprechenden hatte Reichardt bei Erwähnung des „Porters“ gestreift, aber diesem das Blut zum Herzen getrieben. „Und so wohl auch umgekehrt,“ begann er plötzlich, „junge Leute in guter Stellung voll Porter-Nachheit, großen Dünkels mit der wunderbarsten Wohlheit gepaart — es sind allerdings die eigentümlichsten Gegenstände, die besonders dem Fremden hier im Lande entgegenreten!“ Eine augenblickliche Stille folgte den Worten Reichardts; es war, als ahne Jeder die verborgene Bedeutung derselben, bis sich unter den einzelnen Paaren ein allgemeines Gespräch zu entwickeln begann. „Glauben Sie nun an die bösen Geister?“ wandte sich Reichardt halb laut an seine Nachbarin.

Sie schlug langsam das große Auge zu ihm auf. „Warum kümmern Sie sich so viel darum und bauen nicht auf den guten Geist in Ihnen selbst?“ fragte sie; aber es war ein Blick so still und ernst, der ihn traf, daß ihm plötzlich die Erwiderung, die er sich hatte entwerfen lassen, als das Törichteste seines ganzen Lebens erscheinen wollte.

Für ein wirkliches Glück sah Reichardt es an, daß schon nach kurzem der Wunsch nach einer Fortsetzung des Tanzes laut wurde; er hatte kaum mehr aufsehen mögen; als sich aber die Gesellschaft endlich erhoben hatte und die Mädchen, wie von einem Zwange erlöst, lachend nach dem anderen Zimmer flatterten, zog er den jungen Frosch beiseite. „Ich fühle mich so unwohl, Sir,“ sagte er, „daß ich am besten tun werde, nach Hause zu gehen; wäre ich in gewöhnlicher Stimmung, so hätte ich auch nicht den unverzeihlichen Fehler in Bezug auf Johnson begangen; und ich weiß, Sie tun es mir zu Liebe, meine Entschuldigung gegen Ihren Vater und ihre Schwester so zu übernehmen, daß kein falsches Licht auf mich fällt!“

John sah den jungen Mann einige Sekunden schweigend an, während er dessen Seele erkunden zu wollen schien. „Sie sind der sonderbarste Mensch, Reichardt, der mir je vor Augen gekommen,“ erwiderte er dann; „Johnson ist ein Esel, und ich hätte ihn vielleicht noch derber abgepußt, als Sie es getan — feinerthalber gehen Sie aber doch sicherlich nicht —“

„Ich bin krank, Sir, nichts anderes,“ unterbrach ihn Reichardt, „und wenn Sie freundlich gegen mich sein wollen, so glauben Sie mir und lassen mich ganz unbemerkt davon schlüpfen.“

Der andere blickte mit neuem Forschein in die Augen des Sprechenden. „Es steht Ihnen irgend etwas quer im Kopfe, Sir; das ist es!“ sagte er, „und ich wollte, Sie sprächen dreist heraus, was es ist. Aber,“ fuhr er

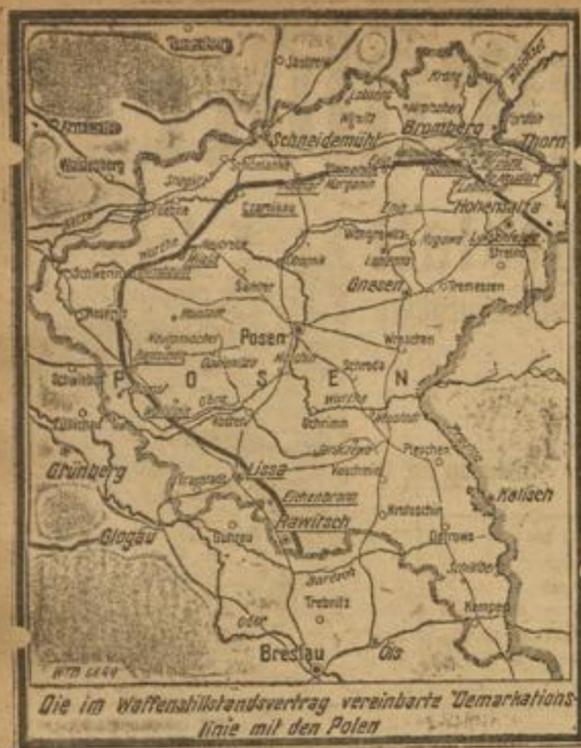
fort, als Reichardt eine fast ängstliche Bewegung zur Entgegnung machte, „ich will Sie nicht zum Bleiben zwingen, so sehr mir auch Ihr Entschluß in mehrfacher Beziehung leid tut. Kommen Sie, wenn Sie durchaus nicht anders wollen!“

„Aber ich übergebe mich Ihrer Freundschaft, John, daß ich durch keine Mißdeutung lächerlich werde!“

„Werde alles besorgen, Sir, wenn ich auch nichts weiter weiß, als daß der Teufel aus Ihnen klug werden mag!“

Beide waren nach der Garderobe am Ende der Vorhalle gegangen, Reichardt hätte sich in seinen Ueberrock und hatte in den nächsten Minuten das Haus verlassen. Er atmete freier auf, als er die kalte Luft der Straße fühlte, und ging raschen Schritts den Weg nach seiner Wohnung. Erst als er dort in seinem Zimmer Licht angezündet hatte, blieb er in der Mitte des kalten Raumes stehen und sah starr vor sich nieder. „Es ist recht so,“ sagte er nach einer Pause halblaut, „was habe ich mit diesen reichen Menschen zu tun, unter denen ich doch nur immer der arme Angestellte bleibe? Soll ich mir das Herz in Stücke brechen, wenn es füllt und verlangt, wie Andere? Aber warum bin ich gegangen? habe ich doch vorausgewußt, was kommen muß!“ fuhr er fort, den Kopf hehend und die Faust gegen die Stirn drückend, „habe mich selbst unwürdig in den Strudel gestürzt —“ Er machte einen raschen Gang durch das Zimmer und blieb dann von neuem stehen. „O Margaret!“ rief er plötzlich wie im Ausbruche des bittersten Wehes und schlug beide Hände vor das Gesicht, auf den nächststehenden Stuhl sinkend.

Es war manche lange Stunde verlossen, ehe er das Bett suchte und die Ermattung ihm die Augen schloß, und als ihn am Morgen die Frühstücksglocke weckte, war es ihm, als sei jedes Glied an ihm zerschlagen.



in Frage kommenden Einzelstaaten zu keinem Ergebnis kommen, soll die Vermittlung des Reichs eintreten.

Scheidemann und die Presse.

Weimar, 16. Febr. Am Samstagabend fand im Erfrischungssaal des Nationaltheaters ein Empfang der Presse durch den Reichsministerpräsidenten Scheidemann statt. Scheidemann begrüßte die Presse in einer längeren Ansprache. Die Presse sei ein gewaltiger Machtfaktor und es sei eine seiner vornehmsten Aufgaben, mit der Presse in Fühlung zu treten. Die Regierung habe in Aussicht genommen, ein besonderes Pressehaus in Berlin zu schaffen, um zwischen Regierung und Presse eine innige Fühlung herzustellen.

Broddorf zurückgetrieben.

Berlin, 17. Febr. Die „Post“ berichtet, daß Graf Broddorf-Kanbau zurückgetrieben sei.

Die Ankunft Lettow-Vorbeds.

Weimar, 16. Febr. Wie verlautet, wird General Lettow-Vorbeck am 9. März in Berlin einziehen. Ihm und seiner tapferen ostafrikanischen Schar soll ein feierlicher Empfang bereitet werden. Bei der Einholung am Brandenburger Tor wird der Reichspräsident Oberbefehl geben.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 17. Febr. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa hat den Verbündeten eine Note überreicht betr. das Lebensmittelabkommen. Die geringfügige Menge von Lebensmitteln, die bei der Waffenstillstandsverlängerung vom 16. Januar 1919 von den Verbündeten für Deutschland in Aussicht gestellt wurde, sei an die Bedingung geknüpft, daß die deutschen Handelschiffe unter der Kontrolle und die Flagge der Verbündeten gestellt werden. Ueber den Preis der Lebensmittel und die Art der Bezahlung sei von den Verbündeten noch nichts bekannt gegeben. Ehe diese Frage aber einwandfrei geregelt sei, sei Deutschland nicht in der Lage seine Schiffe zu dem genannten Zweck auslaufen zu lassen.

Das deutsche Sanitätspersonal in Belgien kehrt zurück.

Berlin, 17. Febr. Das „Tageblatt“ meldet: Dem wiederholten Ersuchen der deutschen Waffenstillstandskommission, das deutsche Sanitätspersonal in Belgien freizulassen, will die belgische Regierung nunmehr entsprechen. Das deutsche Sanitätspersonal soll, wie die belgische Kommission mittelst, in drei oder vier Tagen in Deutschland eintreffen.

Arbeiterentlassungen wegen Kohlenmangel.

Berlin, 17. Febr. Am Samstag haben in Berliner Industrien wegen Kohlenmangels umfangreiche Arbeiterentlassungen stattgefunden. Von Arbeitgeberseite wird die Gesamtzahl der Entlassenen auf 7000 Mann angegeben.

Die Spartakisten.

Berlin, 17. Febr. Wie die Blätter melden, beabsichtigten die Spartakisten am Sonntag unter Führung von Trupp des roten Soldatenbunds, denen bewaffnete Arbeiterkompagnien angegliedert werden sollten, planmäßig die ganze innere Stadt zu besetzen. Gegen Abend sollte zunächst das ganze Zeitungsviertel abermals besetzt werden, ferner sollten das Haupttelegraphenamt und alle wichtigen Gebäude durch hinreichend starke Truppen genommen werden. Ganze Straßenblöcke sollten besetzt werden, um den Kampf von den Dächern gegen heranrückende Regierungstruppen zu führen. Das entschiedene Auftreten der Regierungstruppen hat den Anschlag vereitelt.

Berlin, 16. Febr. Der Untersuchungsrichter hat die Haftentlassung Habels abgelehnt.

Gotha, 17. Febr. Durch Bekanntmachung in allen Gothaer Zeitungen ist die Bevölkerung bis zum 14. Februar zur Waffenabgabe aufgefordert worden. Die Abgabe ist nun restlos erfolgt.

Münster, 17. Febr. Reichswehrminister Noske hat die Auflösung des Generalkommandos des 7. Armeekorps, der sich der Reichsregierung beharrlich widersetzt, befohlen. General v. Wacker wird demnächst die Wehrmacht anordnen.

Berlin, 17. Febr. Dem „Berl. Lokalan.“ zufolge hat der A- und S-Mat. Osnabrück einstimmig beschlossen, nach den Gemeindevätern seine politischen Geschäfte

in die Hand der neuen gesetzmäßigen Behörden abzugeben.

Ansternburg, 17. Febr. In dem benachbarten Drielsburg (Schlesien) kam es zwischen Spartakisten und Jägern zu einem Zusammenstoß. Es wurde auch aus den Häusern geschossen, sobald die Jäger das Feuer mit Gewehrschüssen beantworteten mußten. Zwei Mann wurden getötet und acht verwundet. Der Belagerungszustand ist über Drielsburg verhängt worden.

Nürnberg, 16. Febr. Gestern Abend fand hier eine Kundgebung gegen das Verbleiben des Reichspräsidenten im Ministerium statt, mit dessen Neubildung des Reiches die Radikalen nicht einverstanden sind. Das von Hoffmann und Auer gewünschte Volkstheer wird von den Radikalen „Weiße Garde“ genannt. Auf dem Regidienplatz wurden Reden gehalten, darauf zogen die Demonstranten vor das Generalkommando des 3. bayer. Armeekorps in der früheren Deutschhauskaserne. Es fielen Schüsse, wodurch einige Soldaten getötet und verwundet wurden. Das Generalkommando wurde mit Handgranaten gestürmt und besetzt, ebenso die Post, Telegraphen- und Fernsprechkästen, der „Fränkische Kurier“ (dem.) und die „Fränk. Tagespost“ (soz.). Vor dem Generalkommando ist ein Plakat ausgehängt: „Besetzt von den Spartakisten und Unabhängigen“. Die besetzten Gebäude sind mit Maschinengewehren stark ausgerüstet, auch in den Straßen sind solche aufgestellt.

Aus dem besetzten Gebiet.

Mannheim, 16. Febr. Der Volksjugendausschuss des Arbeiterrates richtete in der Ausweisungsangelegenheit ein Protest-Telegramm an das Bureau des internationalen sozialistischen Kongresses in Bern.

Bern, 16. Febr. Wie die Lyoner Blätter aus Straßburg melden, sind in Elsaß-Lothringen territoriale Kommandos gebildet worden, und zwar eines in Lothringen mit dem Sitz in Metz unter dem Oberbefehl des Generals Mandhin, ein anderes für das Elsaß mit dem Sitz in Straßburg unter dem Oberbefehl des Generals Dirschauer. Die territorialen Oberkommandos erhalten dieselben Machtbefugnisse, wie die militärbezirkskommandos in Frankreich, und unterhalten die Beziehungen mit den Zivilbehörden.

Bern, 17. Febr. Die elsass-lothringische Zentrumspartei hat sich neu gebildet. In einer Tagesordnung wurde die Beibehaltung des konfessionellen Unterrichts in den Schulen, des zweisprachigen Unterrichts, der kirchlichen Rechte und der regionalistischen Verwaltung der sozialen und der Arbeitergesetzgebung verlangt.

Der Krieg im Osten.

Dresden, 17. Febr. Das Gesamtministerium hat das gesamte wehrfähige Sachsenvolk zur Bildung von Freiwilligenverbänden aufgerufen zum Schutz des Landes gegen die Polen, die 190 Kilometer von Dresden liegen.

Schneidemühl, 16. Febr. Ein überlegener polnischer Angriff gegen Miroslaw südwestlich von Uch wurde abgeschlagen. Ein Versuch der Polen, östlich des Waldes einen Steg über den Wegekanal zu schlagen, wurde vereitelt. Beiderseitige Artillerietätigkeit bei Ratel.

Warschau, 17. Febr. (Havas.) Die interalliierte Untersuchungskommission traf am 12. Febr. hier ein. — Der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete Franko Czika wurde zum Präsidenten des polnischen Landtags gewählt.

Ein deutscher Dampfer versenkt.

Kopenhagen, 16. Febr. Der Dampfer „Botan“, der von Stettin nach Memel fährt, wurde von einem englischen Torpedojäger entdeckt. Da er dem englischen Signal zu stoppen, keine Folge leistete, gab der Torpedojäger einen scharfen Schuß ab, worauf der „Botan“ die Maschinen stoppte. Der Torpedojäger bezielte die Richtung nach dem Stageraal einzuschlagen. Es herrschte aber stürmisches Wetter, und da die Reise über die Nordsee insolge dessen gefährlich war, befahl der Kommandant des Torpedojägers der Besatzung des „Botan“, auf das Kriegsschiff zu gehen, und schon dann den Dampfer in den Grund. Die deutsche Besatzung wurde in Kopenhagen gelandet.

Österreich lehnt die Auslieferung von Eisenbahnmateriale ab.

Wien, 17. Febr. Die Forderung der italienischen Waffenstillstandskommission auf Auslieferung von 100 Lokomotiven und 2000 Waggons beantwortete das Staatsamt für Heereswesen im Einverständnis mit dem Staatsamt für Aeußeres dahin, daß die Ablieferung des erwähnten Eisenbahnmateriale für Deutsch-Österreich unmöglich sei, weil das gesamte Eisenbahnmateriale gegenwärtig gemeinsames Eigentum aller Nationalstaaten sei und das Verfügungsrecht diesen Staaten gemeinsam zustehe. Die Ablieferung einer solchen Menge von Eisenbahnmateriale im gegenwärtigen Zeitpunkt der höchsten Betriebsmittelnot hätte eine vollständige Lahmlegung des Verkehrs zur Folge.

Die Wahlen in Wien.

Wien, 16. Febr. Das vorläufige Wahlergebnis in Wien ist: 31 Soz., 11 Christl. Soz., 2 Deutsch-Nationale, 1 Bürgerl. Demokrat., 1 Tscheche und 1 Jüd. Nationaler. Unter den Gewählten befinden sich 6 Frauen. U. sind gewählt von den Christl. Soz. Bürgermeister Beißkirchner, von den Soz. Staatssekretär Bauer und Adler. Die Wahlbeteiligung beträgt 80 Prozent.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 17. Febr. Clemenceau empfing eine Abordnung der Frauenrechtlerinnen der alliierten Länder, die ihre Wünsche betr. die Teilnahme der Frauen an den Gemeindevahlen kundgaben. Er äußerte sich günstig hierzu und fügte bei, daß sich die Friedenskonferenz mit dem Schicksal der Frauen und Kinder beschäftigen werde.

„Echo de Paris“ meldet: Marschall Foch hat in einem neuen Armeebefehl die Verwendung der deutschen

Kriegsgefangenen außerhalb der militärischen Internierungslager verboten und damit auch ihre vorläufige Beschäftigung im Aufbaugebiet.

Paris, 17. Febr. (Havas.) Die von der Sozialistenkonferenz in Bern ernannte Abordnung, die der Friedenskonferenz die angenommenen Entschlüsse zu übermitteln hatte, wurde am Sonntag von Clemenceau empfangen. Clemenceau nahm die Schriftstücke entgegen und erklärte, daß er sie an das Bureau der Friedenskonferenz weiter leiten würde. Zweifelloß besteht in einzelnen Punkten Übereinstimmung mit der Friedenskonferenz; es könnte ein Interesse vorliegen, daß die sozialistische Abordnung in unmittelbare Beziehungen zu einer Kommission der Friedenskonferenz trete, die die verschiedenen Punkte zu prüfen habe. (Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt. D. Schr.)

Bern, 16. Febr. Der Heeresauschuss der französischen Kammer hat die Regierung aufgefordert, bei der Einziehung der nächsten Jahresklassen zum Friedenszustand zurückzukehren.

Noch nicht genug.

Bern, 16. Febr. Im französischen Senat erklärte Minister Lebrun: Bis Ende März werden 170 000 deutsche Kriegsgefangene in den verkehrten Gebieten arbeiten. Ihre Bewachung erfolgt durch solche französische Soldaten, die aus der Kriegsgefangenschaft in Deutschland heimgekehrt sind. Frankreich wird verlangen, daß Deutschland die 950 000 Stück Rindvieh, die vor der Besetzung in diesem Gebiete vorhanden waren, zum größten Teil zurückerstattet.

Der Völkerbund.

Der Entwurf des Völkerbunds enthält ferner folgende Bestimmungen:

Artikel 20: Die Mächte werden sich bemühen, billige menschliche Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder ihrer Länder herzustellen und aufrecht zu erhalten. Sie werden eine dauernde Geschäftsstelle für die Arbeitserfragen einrichten, die einen Bestandteil der Verwaltung des Völkerbunds bilden wird. — 21. Durch Vermittlung des Völkerbunds werden Anordnungen getroffen, um die Freiheit des Durchfuhrhandels und die Behandlung des Handels zwischen allen Mitgliederstaaten des Völkerbunds auf dem Fuß der Gleichheit zu verbürgen. — 25. Die Vertragsschließenden versprechen, alle unter ihnen bestehenden Verpflichtungen, die mit dem gegenwärtigen Vertrage unvereinbar sind, aufzuheben. — 26. Änderungen des gegenwärtigen Vertrags werden nach ihrer Bestätigung durch diejenigen Staaten, deren Vertreter den ausführenden Rat bilden, und durch Dreiviertel derjenigen Staaten, deren Vertreter die Vertreterversammlung bilden, in Kraft gesetzt.

Bern, 17. Febr. Der Völkerbunds-Entwurf findet in der deutsch-schweizerischen Presse eine scharfe und ablehnende Kritik, wobei übereinstimmend die wenig würdige Rücksicht auf die Lage der Neutralen hervorgehoben wird.

Wilson abgereist.

Brest, 16. Febr. Der Dampfer „George Washington“ mit dem Präsidenten Wilson an Bord, ist heute vormittag in See gegangen.

London, 17. Febr. „Daily Express“ meldet aus Tokio: Die japanische Presse ist entrüstet über das Auftreten des australischen Ministerpräsidenten Hughes gegen die japanische Besetzung der Südpazifik-Inseln. Die gelbe Rasse lasse sich nicht als eine zweite Klasse behandeln und verlange in Amerika und Australien als gleichberechtigt zugelassen zu werden.

Frankreich Ausfuhrland für Eisenindustrie.

Bern, 16. Febr. In der französischen Kammer erklärte Loucheur, die Arbeitslosigkeit in Frankreich sei groß, wenn auch nicht so groß wie in Deutschland. Infolge der Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich.

Österreich lehnt die Auslieferung von Eisenbahnmateriale ab.

Wien, 17. Febr. Die Forderung der italienischen Waffenstillstandskommission auf Auslieferung von 100 Lokomotiven und 2000 Waggons beantwortete das Staatsamt für Heereswesen im Einverständnis mit dem Staatsamt für Aeußeres dahin, daß die Ablieferung des erwähnten Eisenbahnmateriale für Deutsch-Österreich unmöglich sei, weil das gesamte Eisenbahnmateriale gegenwärtig gemeinsames Eigentum aller Nationalstaaten sei und das Verfügungsrecht diesen Staaten gemeinsam zustehe. Die Ablieferung einer solchen Menge von Eisenbahnmateriale im gegenwärtigen Zeitpunkt der höchsten Betriebsmittelnot hätte eine vollständige Lahmlegung des Verkehrs zur Folge.

Die Wahlen in Wien.

Wien, 16. Febr. Das vorläufige Wahlergebnis in Wien ist: 31 Soz., 11 Christl. Soz., 2 Deutsch-Nationale, 1 Bürgerl. Demokrat., 1 Tscheche und 1 Jüd. Nationaler. Unter den Gewählten befinden sich 6 Frauen. U. sind gewählt von den Christl. Soz. Bürgermeister Beißkirchner, von den Soz. Staatssekretär Bauer und Adler. Die Wahlbeteiligung beträgt 80 Prozent.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 17. Febr. Clemenceau empfing eine Abordnung der Frauenrechtlerinnen der alliierten Länder, die ihre Wünsche betr. die Teilnahme der Frauen an den Gemeindevahlen kundgaben. Er äußerte sich günstig hierzu und fügte bei, daß sich die Friedenskonferenz mit dem Schicksal der Frauen und Kinder beschäftigen werde.

„Echo de Paris“ meldet: Marschall Foch hat in einem neuen Armeebefehl die Verwendung der deutschen Kriegsgefangenen außerhalb der militärischen Internierungslager verboten und damit auch ihre vorläufige Beschäftigung im Aufbaugebiet.

Paris, 17. Febr. (Havas.) Die von der Sozialistenkonferenz in Bern ernannte Abordnung, die der Friedenskonferenz die angenommenen Entschlüsse zu

Die Söhne des Kaisers werden mit Ausnahme des Prinzen August Wilhelm, der das Schloß Adelsberg bei Neu-Ruppin als ständiger Wohnsitz erhalten hat, in Potsdam verbleiben. Die Villa Egnitz in Potsdam ist dem Prinzenpaar Joachim als ständiger Wohnsitz zugewiesen. Prinz Oskar und seine Gemahlin behalten ihren Wohnsitz in der Großen Weinmeisterstraße 46-47 in Potsdam. Prinz Eitel Friedrich bleibt in der Villa Jugenheim. Die frühere Kronprinzessin erhält das Schloß Gärtchenhof zur Neuen Garten bei Potsdam. Die Prinzen gelten künftig als Potsdamer Bürger.

Rückkauf der beschlagnahmten Glocken. Das bayerische Ministerium für militärische Angelegenheiten hat bereits mit Verfügung vom 2. Dezember 1918 den früheren Eigentümern der noch bei den kommunalen Sammelstellen lagernden Bronzeglocken das Rückkaufrecht zum Abgabepreis eingeräumt.

Zucker als Heilmittel. Nach Versuchen, die bisher an Vreden und Maulfehle gemacht wurden, soll sich der Zucker als gutes Heilmittel bei Wunden erwiesen haben. In Pulverform auf die Wunde gebracht, wirkt er aufsaugend und zerstört Säuren und Fäulnis. Zugleich vernichtet er den üblen Geruch der Wundabsonderungen und befördert die Narbenbildung.

Chemische Reduktionsmittel. Herr Herzog, der Herausgeber der „Republik“ hat mit jenen Geldgebern Verträge abgeschlossen, die ihm die Summe von 42.000 Mark im ersten und 54.000 Mark im zweiten und dritten Jahr und dazu noch besondere Zuwendungen von 60.000 Mark und Anteile jeder Art sichern. Aus den besonderen Anstaltsrechnungen geht hervor, daß Herr Herzog in der kurzen Zeit allein für Autosfahrten und andere unkontrollierbare Ausgaben 2500 Mark verlangt und erhalten hat.

Im Paradies der Narren. Unter dieser Ueberschrift wird der Londoner „Morning Post“ von ihrem Berichterstatter aus Berlin geschrieben: Das Berliner Leben wird durch eine fieberhafte Vergnügungssucht in den dichtesten Nachtstadien gekennzeichnet und durch die völlige Verzweiflung der übrigen Bevölkerung. Tausende von Menschen sind allmählich am Verhungern. Über 60 Nachtkabare gediehen glänzend im Mittelpunkt der Stadt und sind bis Anbruch des Morgens dicht gefüllt. Champagner, die Flasche zu 120-135 Mk. findet noch immer gute Abnahme. Eine Last der Leichtfertigkeit und eine Geringschätzung der ersten Lage des Landes beherrscht die leichtsinnigen Schwelgereien und Luftbarkeiten, und die wildesten Ausschweifungen kommen vor. Das Volk hat nicht die schwächste Ahnung des Schicksals, das seiner wartet. Alles glaubt, Wilson werde einen Frieden sichern, der noch ein gutes Stück am allgemeinen Zusammenbruch retten wird. Deshalb sind sie nicht sonderlich beunruhigt durch die Berichte der Alliierten über die Forderungen. Wenn das Ergebnis der Friedenskonferenz in Deutschland bekannt wird, muß der größte Ausbruch der Wut eintreten, der je erlebt worden ist. Und Berlin wird ein außerordentlich unangenehmer Aufenthaltsort werden!



Von den württ. Verkehrsanstalten. Nach der Verwaltungsbericht der württ. Verkehrsanstalten für das Rechnungsjahr 1917/18 wurden von den württ. Eisenbahnen 86 989 694 Personen befördert. Im Jahr vorher waren es 74 831 024 Fahrgäste. Die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr sind von 37 105 815 Mk. auf 41 664 628 Mk. gestiegen, die Personeneinnahmen von 35 632 940 Mk. auf 40 291 424 Mk., die Gütereinnahmen von 50 323 346 Mk. auf 59 955 671 Mk. Die Eisenbahnschulden beliefen sich auf 619 245 010 Mk. (im Vorjahr 613 117 902 Mk.), die Gesamteinnahmen auf 117 045 386 Mk. (101 875 474 Mk.), die Gesamtausgaben auf 92 100 064 Mk. (69 235 152 Mk.); der Betriebsüberschuss auf 24 945 322 Mk. oder 2,88 Prozent des 871 762 313 Mk. betragenden Einlagekapitals (3,81 Prozent im Vorjahr). Die Post und Telegraphen haben 39 063 507 Mk. (30 521 039) vereinnahmt und 34 947 946 Mk. (24 088 955 Mk.) verausgabt.

Waffenstillstandsbedingungen und die württ. Staatseisenbahnen. Die Ablieferung von 5000 deutschen Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen an die Entente traf besonders das württ. Verkehrsweisen hart. Es war schlechterdings unmöglich, die Forderung der Feinde zu erfüllen, nachdem diese ihre Ansprüche an das abzuliefernde Material derart hochschraubten, daß über die Hälfte des vorgeführten Materials regelmäßig zurückgewiesen wurde. Der Zustand des württ. Verkehrsmaterials hat besonders schwer über den Krieg, der Ersparniswirtschaft und der dadurch bedingten ungenügenden Ausbesserungen gelitten. Württemberg sollte 81 Lokomotiven abliefern, aber nur 21 konnten den Ansprüchen der feindlichen Uebernahmekommission in Straßburg genügen. So mußte Preußen für Württemberg 52 Lokomotiven abgeben, die jedoch aus dem württ. Bestand sofort an Preußen wieder ersetzt wurden. Noch 8 württ. Lokomotiven sind abzuliefern. Schon aus diesem Grund erklärt sich, daß es unmöglich ist, die unzureichenden Verkehrsverhältnisse in Württemberg zu verbessern. Auch bezüglich der Ablieferung von Personen- und Güterwagen sind die feindlichen Forderungen derart, daß wir den Anforderungen nicht genügen können. Die Feinde verlangen höchsten 20 Jahre im Gebrauch stehende Wagen, während das Durchschnittsalter der württ. Personenzüge 28 Jahre beträgt.

Höhere Eisen- und Stahlpreise. Auf der Sitzung des Stahlwerksverbands in Düsseldorf wurde ein Bericht vorgelegt, wonach infolge der Lohnforderungen bei gleichzeitiger starker Verminderung der Produktion auch die besten Betriebe in absehbarer Zeit mit dem Verlust ihres ganzen Vermögens rechnen müssen. Die bisherigen Verkaufspreise decken teilweise nicht mehr die Hälfte der Erzeugungskosten. Die Versammlung beschloß eine Preiserhöhung für Halbzeug, Formeisen und Schienen um 100 Mk. für die Tonne, wodurch die Selbstkosten noch bei weitem nicht gedeckt werden. Auch der Stabeisenverband hat die Preise um 100 Mk. erhöht.

Die Weltweizenversorgung. Die Weizen-ernte in Südamerika sieht gut und es gilt für wahrscheinlich, daß zu den vorhandenen Restbeständen der alten Ernte aus der neuen ein Ausfuhrüberschuss von 4 Millionen Zentnern hinzukommen wird. Die Gesamtsumme der Ausfuhrüberschüsse aller Länder würde sich auf mindestens 24 Millionen Zentner belaufen. Da in 6 Monaten die neue Ernte in Indien, Süd- und Ostasien beginnt, wird, wenn keine Missernte eintritt, die Brotgetreideversorgung der Welt einen gewaltigen Zuwachs erfahren können. Alles hängt von der Verfügbarkeit des Schiffsraums ab. Bleiben aber die Frachten hoch, so werden auch die Getreidepreise hoch bleiben.

Klassenverjüngung. Wir lesen im „Ab-Bozen“: „Täglich tun sich neue Klassengegensätze auf und werden in unverantwortlicher Weise von gewissen Seiten gehegt und gepflegt. Dabei wollen wir doch alle einen demokratischen Staat, das heißt, nicht die Herrschaft irgend einer Klasse, was Diktatur wäre, sondern die Verschmelzung aller Klassen in das große gemeinschaftliche Ganze, in das Volk. Wie aber sind wir alle zur Volksherrschaft berufen? Dadurch, daß wir alle dem

Volke dienen. Und zwar nicht nur des materiellen Vorteils halber, sondern freudig aus dem ganzen Herzen heraus. Daraus erwächst jedem einzelnen tausendfältige Frucht: für seine eigenen, im Verhältnis geringen Anteil; erhält er in steter Wechselwirkung die Dienste aller und wird so unendlich bereichert. Auch ist es ein schwerer Irrtum, zu glauben, eine Klasse könne allein die ungeheure Last der so unendlich kompliziert gewordenen Kultur tragen. Dazu sind nur die Schultern des gesamten Volkes fähig. Daher muß die Lösung sein: nicht Klassenhaft, sondern Klassenverjüngung. Nur dadurch, daß eine Klasse der anderen mit bestem Willen und angespanntesten Kräften nützt und dient, kann der göttliche Ehrgeiz entstehen, einander im Gehorsam und größter Anstrengung zu übertreffen und so einander völlig gleich zu werden, trotz aller unterschiedlichen Beschäftigung.“

Vom Büchermarkt. Von der Schriftenreihe „Gewissensfragen“, von dem in weiten Kreisen unseres Landes bekannten und hochgeschätzten Prälat D. Dr. Schoell (Verlag des Cv. Presbyteriums-Stuttgart) liegen die 8 übrigen Hefte vor. 5. Freude am Kinde? 6. Was ist mit dem Eigentum? 7. Klasse oder Volk? 8. Christlicher Staat? 9. Vaterlandsliebe und Christentum. 10. Was ist's mit dem Reich Gottes? 11. Wozu die Kirche? 12. Kommt man mit dem Christentum durch? Einzelpreis 30 Pf.; bei Mehrbezug billiger. Auch diese Hefte sind hervorragend zeitgemäß, klar, durch Reife des Urteils und Allgemeinverständlichkeit ausgezeichnet.

Keine Fastnachveranstaltungen. Die bad. Regierung hat alle Fastnachtsveranstaltungen, Masken und Verkleidungen verboten.

Vom Sparen. Im Jahr 1918 sind nach einer vorläufigen Berechnung des Fachblatts „Sparkasse“ die Spareinlagen in Deutschland in den Sparkassen von 1892 auf 5164 Millionen Mk. oder um 32 Prozent gestiegen. Die Zahl der Sparsbücher hat sich um 10 Prozent vermehrt.

Verminderung unseres Viehbestands. Die letzte Viehzählung vom Dezember 1918 hat ein wenig erfreuliches Ergebnis gehabt. Die Zahl der Rinder ist auf 17 226 855 herabgegangen (d. h. fast 2 1/2 Millionen weniger als im Jahr 1917), Schweine waren es nur noch 10 080 375 Stück (d. h. um mehr als 1/2 Million weniger als im Dezember 1917). Zwar hatte sich die Schweinezucht gegen März 1917, wo sie mit einem Bestande von 5 1/2 Millionen den tiefsten Stand erreicht hatte, bis zum September 1918 auf 10 617 606 gehoben; im letzten Vierteljahr verringerte sie sich wieder um 600 000 Stück. Im Frieden hatten wir mehr als 20 Millionen Schweine. An Schafen besitzen wir 5 299 000 Stück, rund 370 000 mehr als im Vorjahr, aber erheblich weniger als im Frühjahr 1918. Auch die Ziegen haben sich auf 4 137 289 Stück vermindert. Am meisten gemindert ist das Federvieh, von dem es keine 50 Millionen mehr gibt, während wir noch im Herbst 1918 über 66 Millionen Stück hatten. Die Zahl der Ninnchen ist auf 9 Millionen gestiegen. Die Zahl der Pferde auf 3 378 481 (120 000 mehr im Vergleich zu 1917).

Pferdeausfuhr. Nach den in letzter Zeit gemachten Wahrnehmungen werden vielfach Arbeitspferde in größeren Mengen aufgekauft und zum Zwecke der Schlauchung aus Baden ausgeführt. Es ist deshalb angeordnet worden, daß der Versand oder die sonstige Verbringung von Zug- und Zuchtperden nach außerbadi-schen Orten der vorherigen Genehmigung der Fleischverorgungsstelle bedarf.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Die Reinigung und Heizung der Rathauskellern, samt Bedienung der Telefonleitungen soll neu vergeben werden. Bewerber aus dem Kreise der Kriegsinvaliden, Kriegsteilnehmer und Kriegserwitwen wollen sich binnen 1 Woche hier melden.

Wildbad, den 18. Februar 1919.

Stadtschultheißenamt: Wagner.

Jahrmarkt betr.

Die Lieferung der zur Abhaltung der hiesigen Jahrmärkte erforderlichen Bretter, Schragen usw. wird **am Samstag den 25. Februar 1919** vormittags 11 Uhr auf die Dauer von 5 Jahren neu vergeben.

Wildbad, den 18. Februar 1919.

Stadtschultheißenamt Wagner

Freiwillige-Versteigerung.

Am **Wittwoch 19. Februar 10 Uhr vorm.** werden verschiedens guterhaltene

Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen

einzelne oder komplett an den Meistbietenden versteigert.

Villa Wilhelma.

**Luise Krauß
August Wacker**

Verlobte

Wildbad.

Stuttgart/Wildbad

Militär-Berein Wildbad.

Unser Kamerad

Georg Knödler

ist gestorben und werden die Mitglieder zur Beerdigung heute nachmittags 4 Uhr gebeten sich um 1/2 4 Uhr vor dem Rathaus einzufinden.

Der Vorstand.

Stofffarben

(Brannsche)

in allen Nuancen soeben eingetroffen, ferner Blusen- und Gardienfarben und Holzbeizen.

Außerdem empfehlen wir prima **Bohnermasse**

weiß und gelb in nur reiner Delware, sowie Stahlspäne.

Web. Drogerie und Photohaus Grundner Nachfolger **Gebr. Schmit.**

Eine Partie 5 teilige herzförmige

Waffeleisen

19 und 24 cm. Durchmesser hat abzugeben.

Fr. Bloß.

Ein paar schöne

Hasen

(Holländer)

Preistiere hat zu verkaufen.

Wer sagt die Erved. [235

Alle im Jahre 1893

Geborene

werden zu einer Besprechung in das Gasthaus zur Eintracht auf morgen Mittwoch abend 8 Uhr eingeladen.

Mehrere Radsraden.

Deck-Anzeige

Stelle meinen mit dem 1. Preis prämierten

Bl. W. Hammler

zum Decken gesunder Säbinnen zur Verfügung.

Deckgeld nach Uebereinkunft.

Chr. Gott. Rennbachstr. 123.